

PRÄSIDIALREDE

Bern, 21. Juni 2019

Rede von Dr. Rolf Dörig, Präsident Schweizerischer Versicherungsverband SVV, am «Tag der Versicherer» 2019 im Kursaal in Bern.

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren Delegierte der Mitgliedgesellschaften des SVV
Sehr geehrte Damen und Herren Gäste aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft
Geschätzte Vertreterinnen und Vertreter der Medien
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen aus dem SVV

Ich begrüsse Sie herzlich zum «Tag der Versicherer». Ich danke Ihnen für Ihr Interesse an unserem Anlass und freue mich, diesen Tag mit Ihnen zusammen zu verbringen.

Je vous souhaite la bienvenue à cette « Journée des assureurs ». Je vous remercie de l'intérêt que vous portez à cette journée et me réjouis de la passer avec vous.

Ein bekannter Schweizer Historiker, der im Ausland lehrt, hat einmal gesagt: «... Wenn die Schweiz in einem europäischen Friedensreich untergehen würde, wäre das nicht so schlimm.» Und: «Die Schweizer sollten beten, dass es der EU gut geht.» [*Interview mit Thomas Maissen, Weltwoche, 25.7.2012*]

Ein anderer bekannter Schweizer Historiker, der auch im Ausland lehrt, ist heute unter uns. Ganz herzlich begrüsse ich Oliver Zimmer, Professor für Moderne Geschichte an der Universität Oxford. Danke, dass Sie den Weg nach Zürich auf sich genommen haben und heute zu uns sprechen.

Sie sind nicht bekannt dafür, dass Sie für die EU beten. Auch in der Versicherungswirtschaft hilft Beten eher weniger. Es zählen meist nur Zahlen, Fakten und Wahrscheinlichkeiten.

Eines Ihrer Forschungsgebiete ist die Entstehung von Nationen. Von der Schweiz haben Sie einmal gesagt: «Wäre sie eine repräsentative Demokratie, wäre sie heute Mitglied der EU.» Und: «Oft meint die Politik zu wissen, wohin die Reise geht, aber die direkte Demokratie verzögert oder verunmöglicht die Ankunft.» [*Interview mit Oliver Zimmer, BaZ, 18.10.2017*]

Herr Zimmer, wir freuen uns auf Ihren anschliessenden Beitrag. Wir sind heute «Tag der Versicherer» und Volkshochschule in einem!

Zu den Eigenheiten und Stärken unseres Landes gehört nicht nur die direkte Demokratie. Auch der Föderalismus, die Subsidiarität und das Milizsystem sind wichtige Pfeiler unseres Staates.

Von diesen, für die Schweiz zentralen Werten haben wir für den heutigen Anlass das Milizsystem ausgewählt. Wir wollen vertieft darauf eingehen, auch mit dem Referat von Professor Zimmer, der an der Universität Zürich studiert hat und heute an einer der renommiertesten Universitäten der Welt forscht und lehrt. Wir wollen das Milizsystem auch gerade am diesjährigen «Tag der Versicherer» ansprechen, weil der Schweizerische Gemeindeverband das Jahr 2019 zum «Jahr der Milizarbeit» ausgerufen hat – und weil sich der Versicherungsverband klar zu unserem Milizsystem bekennt.

Parmi les valeurs centrales pour la Suisse, nous avons choisi de nous pencher aujourd'hui sur le système de milice. Nous souhaitons approfondir la question, notamment avec l'exposé du professeur Zimmer, ancien élève de l'université de Zurich et aujourd'hui chercheur et enseignant dans l'une des universités les plus renommées au monde. Nous entendons revenir sur le système de milice lors de cette « Journée des assureurs » également parce que l'Association des Communes Suisses a déclaré l'année 2019 « Année du travail de milice » – et parce que l'association d'assurances se reconnaît clairement dans notre système politique de milice.

LAGE DER VERSICHERUNGSWIRTSCHAFT

Zuerst aber zu unserem Kerngeschäft. Wir Versicherer haben das Glück und das Privileg, ein Produkt anbieten zu können, welches immer nachgefragt wird: **Sicherheit**. Dafür sind wir dankbar. Daraus leiten wir auch die Verpflichtung ab, uns für das Wohl des Landes und der Leute einzusetzen – in guten wie in schlechten Zeiten, heute und morgen.

Unser Geschäft verlief auch im vergangenen Jahr erfreulich. Die Versicherungswirtschaft zählt zu den wachstumsstärksten Branchen der Schweiz und ist die produktivste im Finanzsektor. Sie übernimmt Risiken, gibt Sicherheit und macht so die Zukunft für Einzelne und Unternehmen berechenbarer. Die Versicherungsbranche macht in der Schweiz knapp die Hälfte der Wertschöpfung des Finanzsektors aus. Das waren im Jahr 2018 rund 30 von total 63 Milliarden Schweizer Franken. Das entspricht wiederum einem Beitrag von 4,3 Prozent an die Wertschöpfung der gesamten Schweizer Volkswirtschaft.

Die Bedeutung unserer Branche spiegelt sich auch in diesen Zahlen: Wir beschäftigen direkt rund 47'000 Menschen in der Schweiz und bilden über 1'800 Lernende aus. Tag für Tag zahlen wir 127,5 Millionen Schweizer Franken Schadenersatz und Renten an Personen und Unternehmen, total 46,5 Milliarden Schweizer Franken im ganzen Jahr 2017. Geld, das in den Wirtschaftskreislauf zurückfliesst. Und ja, weil es Bundespräsident Maurer schon angesprochen hat: Wir zahlen auch Steuern, nämlich über 5 Milliarden Schweizer Franken pro Jahr. Sie setzen sich zusammen aus Unternehmenssteuern und den Einkommenssteuern der Mitarbeitenden sowie aus Mehrwert- und Stempelsteuern. Wir nehmen

volkswirtschaftliche Verantwortung wahr, indem wir unsere Leistungsfähigkeit und unsere Kompetenz primär zugunsten der Schweiz einsetzen.

LAGE DER NATION

Wir sind stolz auf unseren Erfolg. Wir verdanken ihn auch den Rahmenbedingungen, die unser Land der Wirtschaft bietet. Ihnen müssen wir Sorge tragen. Es ist darum zwingend, dass sich die Wirtschaft für sie einsetzt. Nicht nur mit dem Tunnelblick der eigenen Interessen, sondern auch mit dem Blick aufs Ganze. Dieser Blick aufs Ganze darf gerade auch bei den aktuellen Diskussionen um das institutionelle Rahmenabkommen nicht vergessen gehen.

Nous sommes fiers de notre réussite. Nous le devons aussi aux conditions d'exercice que notre pays offre à l'économie. A nous d'en prendre soin. Il est donc indispensable que l'économie s'engage en faveur de ces conditions. Pas uniquement avec la vision étriquée des intérêts propres à chacun, mais avec une vision globale. Il ne faut pas oublier cette vision d'ensemble, surtout au regard des discussions actuelles sur l'accord-cadre institutionnel.

Wir können sagen: Der Schweiz geht es heute immer noch gut. Obwohl wir nur ein kleines Land sind, liegen wir im Vergleich der europäischen Volkswirtschaften an sechster Stelle. Wir sind also nur der Fläche nach ein Kleinstaat. Von den 2000 grössten Aktiengesellschaften der Welt sind 46 in der Schweiz zu Hause. Das ist Platz 4 in Europa und Platz 10 in der Welt [*Forbes 2000, 2017*].

Auch der Pioniergeist von Alfred Escher hat uns noch nicht verlassen. Er gründete Bahnen, Banken, Versicherungen und Hochschulen. Auch heute noch bauen wir Tunnels und Brücken, die weltweit Massstäbe setzen. Und wenn man die Zahl der Patentanmeldungen in Zukunftstechnologien betrachtet, liegen wir im weltweiten Vergleich auf Platz 8, direkt hinter China [*Eric Guyer, NZZ, 11.4.2019*].

Ein Trumpf sind die Motivation und Zuverlässigkeit der Arbeitnehmer, ihre hohe Qualifikation, Kreativität und Fähigkeit zum selbständigen Denken. Diese hängen eng zusammen mit unserem dualen und durchlässigen Bildungssystem. Es bietet jedem gemäss seinen Interessen und Talenten Perspektiven fürs Leben. Auch der hohe Stand von Wissenschaft und öffentlicher und privater Forschung an ETH, Universitäten oder in breiten Teilen der traditionellen Wirtschaft und neuen High-Tech-Branchen sind matchentscheidend.

MILIZSYSTEM

Alfred Escher war aber nicht nur Pionier. Er hat auch das Milizprinzip verkörpert wie kaum ein anderer. Das Milizsystem schafft es, dass sich Bürger und Staat auf Augenhöhe begegnen. Es hält Gesellschaft, Wirtschaft und Politik zusammen und fördert das gegenseitige Verständnis und Vertrauen. Wenn dieses Dreieck funktioniert, geht es uns gut.

Im Milizbegriff enthalten ist die Einsicht, dass sich die Verbundenheit mit der staatlichen Gemeinschaft nicht in der Bezahlung von Steuern erschöpft. Wenn wir als Bürgerinnen und Bürger darüber hinaus freiwillig und nebenberuflich Aufgaben und Ämter in Politik und Gesellschaft übernehmen, schaffen wir einen entscheidenden Mehrwert.

Damit drücken wir eine fundamentale staatsbürgerliche Haltung aus: Unser Land gehört nicht der Obrigkeit und seiner Verwaltung. Es gehört uns allen. Wir wollen aus eigenem Antrieb verantwortlich und solidarisch sein. Für das soziale Wohlergehen, für die Schwächeren, für unseren Schutz und unsere Sicherheit. Miliz ist wertvoll, ganz besonders heute, wo wir in Europa Konflikte zwischen Eliten und Volk aufbrechen sehen.

Die Botschaft der Miliz lautet: Wir vertrauen einander. Wir vertrauen uns selbst. Das macht uns stark und sicher. Selbstvertrauen, Selbstverpflichtung und Selbstverantwortung sind die entscheidenden Werte unseres Milizsystems.

Tönt das nicht ein wenig altmodisch? Ich finde nicht. Das Milizsystem ist modern und zukunftsfähig. Das sage ich ausdrücklich auch als Präsident zweier global tätiger Konzerne und als Präsident einer der vier grossen Branchenverbände in diesem Land. Unser Milizsystem ist nämlich auch kostengünstig und ein wesentlicher Sicherheitsfaktor. Ein entscheidender Standortvorteil, wenn es darum geht, unser Land im globalen Wettbewerb der Staaten weiter zu stärken!

Heute ist das Milizsystem unter Druck. Die Professionalisierung von Politik und Behörden, der Drang zur Zentralisierung, die Individualisierung der Gesellschaft und eine gewisse Staatsverdrossenheit sind nicht zu übersehen. Die Schwächung des Milizsystems sollte uns allen grosse Sorgen bereiten. Warum? Die Miliz greift in die Gesellschaft, in die Wirtschaft, in Politik und Armee. Sie fordert und fördert die Sozialkompetenz jedes einzelnen von uns. Sie spiegelt unsere Identität, unsere Werte, unsere Gesinnung, unsere Fähigkeiten und Interessen.

Das ist nicht Nichts. Im Gegenteil. Es gibt Halt und stärkt das Zusammengehörigkeitsgefühl. Einer für alle, alle für einen, «unus pro omnibus, omnes pro uno». So steht es hoch oben in der Kuppel des Bundeshauses rund um das Schweizer Kreuz.

Das Milizsystem ist allerdings kein elitäres Konstrukt, das auf Militär und Politik beschränkt ist. Vielmehr ist es als tragende Stütze unseres gesellschaftlichen Wohlstands in unserem Alltag verankert. Es ist sehr nah am Leben der Menschen. Auf unseren Alltag hat das Milizsystem eine sehr praktische Auswirkung: Ohne Freiwilligenarbeit gäbe es die Schweiz, so wie wir sie kennen, gar nicht. Angebote für Kinder und Jugendliche, Sportklubs und andere Vereinsangebote könnten nicht in dieser Breite und so günstig angeboten werden. Dabei profitiert die kommende Generation nicht nur von diesen Angeboten. Sie wächst mit dieser Tradition auf.

Das ist wichtig. Das schafft Verständnis. Denn genauso bedeutend ist die Rolle der Miliz auf der anderen Seite der Altersskala. Unzählige Stunden an unverzichtbarer Altersarbeit leisten die Freiwilligen unserer Kirchen und Privatpersonen – vor allem Frauen. Auch die Spitex greift auf Freiwillige zurück. In vielen Gemeinden wären gewisse Dienstleistungen ohne Milizsystem nicht möglich und – vor allem – nicht bezahlbar. Ein Blick auf die demografische Entwicklung zeigt, dass die Bedeutung in diesem Bereich zunehmen wird.

Unser Milizsystem ist Ausdruck politischer Vernunft und bürgerlicher Selbstverantwortung. Es ist das Prinzip, das unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt stützt. Das sind auch die wichtigsten Grundlagen unserer direkten Demokratie. Freiheit und politische Mitbestimmung sind für uns Schweizer Bürgerinnen und Bürger nicht verhandelbar. Das ist der tiefere Sinn der Miliz.

Notre système de milice est l'expression d'une sagesse politique et d'une responsabilité individuelle citoyenne. C'est ce principe qui étaye notre cohésion sociale. Tels sont les principaux fondements de notre démocratie directe. La liberté et la participation politique ne sont pas négociables pour nous, citoyens et citoyennes suisses. C'est là le sens profond de la milice.

Aus diesen Gründen will auch die Versicherungswirtschaft die Miliz stärken und ihre Vorteile nutzen. Der Versicherungsverband baut mit seiner Milizstruktur und den Milizgremien auf die Kompetenz und das Fachwissen von über 600 Personen aus der Schweizer Privatassekuranz. Ohne dieses Engagement müssten wir eine kostspielige Parallelorganisation für die Wahrung und Vertretung der übergreifenden Brancheninteressen aufbauen. Mit dem Milizsystem vermeiden wir Schnittstellen und Reibungsverluste und vertreten praxisgerechte Anliegen und Lösungen.

Unsere Branche ist auch bemüht, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für politische Ämter oder für die Weiterbildung in der Armee freizustellen. Wir schätzen die langfristigen Vorteile höher ein als die Nachteile, die durch die Abwesenheit vom Arbeitsplatz entstehen.

Wir haben Ihnen im vergangenen Jahr an dieser Stelle den **SVV Sicherheitsmonitor** 2018 vorgestellt. Die repräsentative Umfrage der ETH ergab eine sehr hohe Wertschätzung der Menschen in der Schweiz für Sicherheit, Freiheit und Selbstverantwortung.

Den Sicherheitsmonitor haben wir im laufenden Jahr weitergeführt und unter anderem gezielt das Thema «Miliz» nachgefragt. Die Resultate, die am Montag dieser Woche den Medien vorgestellt worden sind, belegen die Bedeutung des Milizsystems. Rund zwei Drittel der Befragten werten es als «wichtig» bis «sehr wichtig» für die Schweiz. Besonders Wählerinnen und Wähler mit bürgerlicher Gesinnung tragen dieses System. Eine Diskrepanz ergibt sich allerdings bei der Bedeutung für sich persönlich. Nur rund 20 Prozent der Befragten erachten das Milizsystem für sich selbst als wichtig. Diese unterschiedliche Bewertung zeigt sich auch bei Befragten, die ein Milizamt ausüben. Zwar erachten 90 Prozent dieser Gruppe das Milizsystem als wichtig für die Schweiz, jedoch nur für 52 Prozent ist es auch persönlich wichtig.

STRATEGISCHE KERNANLIEGEN DER VERSICHERUNGSWIRTSCHAFT

Vor diesem gesellschaftlichen und staatspolitischen Hintergrund versucht die Versicherungswirtschaft, Verständnis für ihre Anliegen zu wecken und im Dialog mit Politik, Gesellschaft und Sozialpartnern tragfähige und sachgerechte Lösungen zu finden.

Ich greife drei unserer Kernanliegen heraus:

Erstens: Gute Rahmenbedingungen, nachfolgend illustriert am Beispiel der Abgrenzung staatlicher und privatwirtschaftlicher Tätigkeiten.

Zweitens: Massvolle Regulierung und Aufsicht, in der Folge beschrieben am Beispiel der aktuellen Revisionen des Versicherungsvertragsgesetzes VVG und des Versicherungsaufsichtsgesetzes VAG.

Und drittens: Weiterentwicklung der Arbeits- und Berufswelt, mit einem zeitgemässen Arbeitsgesetz und noch wichtiger, mit der nach wie vor dringenden Stabilisierung von AHV und BVG und mit strukturellen Anpassungen, die eine nachhaltige Ausgestaltung der Altersvorsorge ermöglichen.

Zum ersten Punkt: Zu den guten **Rahmenbedingungen** zählt, dass der **private und der öffentliche Sektor** sauber getrennt und im Gleichgewicht sind. Leider erweitert der Staat seinen Aufgabenkatalog ständig. Die von Bund und Kantonen kontrollierten Unternehmen wildern über die Grenzen des Service Public hinaus im freien Markt. Bekannte Beispiele sind die staatlich kontrollierten Energieversorger, Swisscom oder die Post. Wir alle haben vor Augen, wohin der Zwang zum Profit im Service Public führen kann.

Es kann nicht sein, dass Energieversorger in einem Monopolmarkt Gewerbebetriebe und KMU zukaufen, die beispielsweise Spenglerarbeiten anbieten, Heizungen installieren oder bauliche Grossvorhaben wie ein Fussballstadion planen. Die Diversifikationsstrategie der Staatsunternehmen mag aus betriebswirtschaftlicher Sicht sinnvoll erscheinen. Aber aus **ordnungspolitischer Sicht** muss sie nicht nur hinterfragt, sondern eingeschränkt werden.

Unternehmen, die die öffentliche Hand hinter sich wissen, können ganz anders kalkulieren als private Anbieter: Weil sie etwa über einen Monopolbereich verfügen, der sichere Gewinne abwirft. Auch wir Privatversicherer haben Grund zur Sorge, wenn staatliche Versicherungen in die Privatwirtschaft expandieren. Wir können es als Ansporn sehen, uns weiter zu verbessern. Diese Rechnung geht aber nur auf, wenn für alle Teilnehmer am freien Markt gleich lange Spiesse gewährleistet sind. Das ist nicht der Fall, wenn die staatliche Konkurrenz über Sicherheiten und Privilegien verfügt, die wir nicht haben. Und wenn sie im Fall des Scheiterns einer Hochrisikostrategie nicht mit den gleichen Konsequenzen zu rechnen hat, wie ein Unternehmen der Privatwirtschaft.

Les entreprises qui se savent soutenues par les pouvoirs publics peuvent calculer tout autrement que les acteurs privés : parce qu'elles disposent d'un monopole qui génère des bénéfices à coup sûr. Nous aussi, les assureurs privés, nous avons du souci à nous faire lorsque les assurances publiques débordent sur le marché privé. Nous pouvons considérer cela comme une motivation pour nous améliorer. Mais ce calcul fonctionne uniquement si tous les acteurs du marché libre bénéficient de conditions d'exercice équitables. Or, tel n'est pas le cas lorsque les concurrents publics profitent de garanties et de privilèges que nous n'avons pas. Et lorsque, en cas d'échec d'une stratégie à hauts risques, ils n'ont pas à assumer les mêmes conséquences qu'une entreprise du secteur privé.

Zum zweiten Punkt: Aktuell befinden sich mit dem Versicherungsvertragsgesetz (VVG) und dem Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) die beiden Regulierungsgrundlagen unserer Branche in der Revision. Und diese Reformprozesse verdeutlichen die Wichtigkeit massvoller Regulierung. Wir verstehen darunter den Grundsatz: So viel wie nötig, so wenig wie möglich. In diesem Punkt wiederhole ich mich gerne.

Das **Versicherungsvertragsgesetz (VVG)** regelt die vertraglichen Beziehungen zwischen Versicherern und Versicherten. Es muss für beide Seiten passen und ausgewogen sein. Wir unterstützen deshalb das Ziel der laufenden Teilrevision, das Gesetz zu modernisieren und an neue Ansprüche beim Kundenschutz anzupassen. Stichworte dazu sind: ordentliches Kündigungsrecht nach drei Jahren auch bei lang laufenden Verträgen, Widerrufsrecht von 14 Tagen bei Vertragsabschluss, Verlängerung der Verjährungsfrist auf 5 Jahre und Ausbau des elektronischen Geschäftsverkehrs. Der Nationalrat hat den Entwurf am 9. Mai beraten. Der SVV begrüsst den gezielten Ausbau des schon hohen Schutzniveaus der Versicherungskundinnen und -kunden.

Als nächstes ist nun der Ständerat an der Reihe. Er wird bei seiner Beurteilung des Gesetzesentwurfs zu berücksichtigen haben, dass der Kundenschutz dort Grenzen hat, wo die Kosten den Nutzen übersteigen. Im Ergebnis hat der Nationalrat die Versichertenrechte nämlich über den Vorschlag des Bundesrats hinaus ausgebaut. In diesem Sinne sieht der SVV noch Klärungsbedarf.

Lassen Sie mich hier **zwei Punkte** hervorheben, die für unsere Branche von grosser Bedeutung sind und die unserer Ansicht nach nicht im Interesse des Versichertenkollektivs liegen können. Erstens hat der Nationalrat eine zeitliche Begrenzung der Sanktionen bei der Anzeigepflichtverletzung beschlossen. Hinter dieser technisch tönenden Bestimmung steht nichts anderes, als dass der Versicherer künftig nach zwei Jahren eine bei Vertragsabschluss erfolgte Falschangabe nicht mehr sanktionieren kann. Das Versicherungsunternehmen ist aber auf eine korrekte Gefahrendeklaration bei Vertragsabschluss angewiesen. Er braucht entsprechende Sanktionsmöglichkeiten. Eine Kappung dieser Möglichkeit nach zwei Jahren ist schlicht willkürlich.

Zweitens hat der Nationalrat neu eine Nachhaftung in der Krankenzusatzversicherung eingeführt. Dies würde bedeuten, dass eine versicherte Person auch nach Beendigung der privaten Zusatzversicherung vom ehemaligen Versicherer Leistungen einfordern kann. Hier geht es also um Schäden, bei denen sich die

versicherte Gefahr zwar noch während dem laufenden Vertrag verwirklicht hat, Schäden aber erst nach Beendigung des Vertrags eintreten. Die Einführung einer solchen Nachhaftung ist komplett systemfremd. Sofern die betroffene Person eine neue Zusatzversicherung abgeschlossen hat, deckt diese die Schäden. Wird die Nachhaftung eingeführt, bedeutet dies nichts anderes, als dass eine Person, die keine Prämien mehr bezahlt, trotzdem Leistungen bezieht.

Ich hoffe, mit diesen beiden Beispielen verdeutlicht zu haben, dass maximaler Kundenschutz eben nicht immer der beste Kundenschutz für das Kollektiv ist. In diesem Sinne werden wir uns als Verband natürlich auch im Zweitrat für eine vernünftige und ausgewogene Regelung einsetzen. Wir brauchen ein Gesetz für Versicherte **und** Versicherer. Und dabei arbeiten wir nicht gegen unsere Kundinnen und Kunden, wie gewisse Kreise stets zu suggerieren versuchen. Als Privatversicherer, die tagtäglich im Wettbewerb stehen, können wir es uns schlichtweg nicht leisten, gegen unsere Kundinnen und Kunden zu arbeiten.

Die Vernehmlassung zur Teilrevision des **Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG)** ist abgeschlossen; derzeit erarbeitet die Verwaltung die Botschaft. Unserer Meinung nach sind die vom Bundesrat vorgeschlagenen Kapitalanforderungen zu hoch. Sie benachteiligen uns im Wettbewerb mit den Lebensversicherern in der EU nach wie vor. Sie schaden auch den Kunden, weil sie die Produkte so verteuern, dass sie nicht mehr attraktiv sind. Betroffen sind immerhin rund 1,2 Mio. Versicherte, die über ein KMU einer Vollversicherung angeschlossen sind. Es besteht also noch Korrekturbedarf – im Interesse aller.

La révision partielle de la **loi sur la surveillance des assurances (LSA)** est en phase d'élaboration du message. Nous estimons que les exigences en capital proposées par le Conseil fédéral sont trop élevées. Elles continuent de nous pénaliser face à nos concurrents du marché européen des assurances-vie. Elles pénalisent aussi les clients, car l'application de telles exigences contribue au renchérissement des produits, lesquels ne sont dès lors plus attractifs. Cela touche quand même quelque 1,2 million d'assurés affiliés à une assurance complète par le biais d'une PME. Des corrections sont donc encore nécessaires, ceci dans l'intérêt de tous.

Zum dritten Punkt: Bei der **Gestaltung der Arbeits- und Berufswelt** geht es um Digitalisierung, neue Arbeitsformen und lebenslanges Lernen. Es geht aber auch um die Deckung beruflicher Risiken und vor allem um die Vorsorge im Alter. Hier – wie in anderen Bereichen auch – sehen wir uns als Akteur in die **volkswirtschaftliche Verantwortung eingebunden**. Wir nehmen sie aus Überzeugung und gerne wahr. Die Altersvorsorge im Dreisäulensystem ist eine Verbundaufgabe von Staat und Versicherungswirtschaft. Wir müssen sie gemeinsam wahrnehmen und im Gleichgewicht halten zwischen obligatorischer und privater Vorsorge.

Die **Reform der Altersvorsorge** ist schon lange auf der politischen Bühne. Leider sind wir noch nicht über den ersten Akt hinausgekommen. Und wir wissen auch nicht genau, wie viele Akte das Stück hat. Trotzdem ist die Reform nach wie vor dringend – und zwar wegen der demografischen Entwicklung, der strapazierten Generationensolidarität und wegen der drohenden Schuldenlast in der Zukunft.

La **réforme de la prévoyance vieillesse** est depuis longtemps sur la scène politique. Malheureusement, le premier acte n'est toujours pas fini. Et nous ne savons pas non plus exactement combien d'actes compte la pièce. La réforme n'en demeure pas moins urgente, à cause de l'évolution démographique, de la solidarité intergénérationnelle mise à mal et du poids de la dette qui menace de s'aggraver dans le futur.

Der Bundesrat hat die Botschaft zum Folgeprojekt AHV 21 in die zweite Jahreshälfte verschoben. Auch die Frist für die vom Bundesrat gewünschte Einigung der Sozialpartner auf die Grundzüge einer Reform der zweiten Säule wurde verlängert. Die finanziellen Mittel, die nach der Zustimmung des Volkes zur AHV-Steuer vorlage in die AHV fliessen, nehmen Druck von der Reform. Das war sofort nach der Abstimmung gut zu hören [Parteipräsidenten NR Regula Rytz und SR Christian Levrat].

Das darf nicht sein. Aber ebenso klar ist: Diese Reform ist ein sehr anspruchsvoller Test für die Kompromissfähigkeit auf allen Stufen – Volk, Regierung, Parlament, Parteien und Sozialpartner. Unser politisches System verlangt Geduld, Ausdauer und Leidensfähigkeit. Am Schluss winken als Lohn meist ausgewogene und tragfähige Lösungen. Diese empirische Erfahrung kann uns Hoffnung geben und muss Ansporn sein, den Druck auf die Reform hochzuhalten. Im Interesse der kommenden Generationen. Und aus Sorge um das Bild, das sie sich einmal von unserer Generation machen werden.

Ein Glück für die Reform ist immerhin, dass sie wieder vors Volk muss. Dadurch verstärkt und vertieft sich die öffentliche Diskussion zum Thema laufend.

- So kann das Verständnis weiter wachsen, dass es keine einfache, eindimensionale Lösung gibt. Sondern nur Lösungen, die auf einem Kompromiss zwischen Leistung, Finanzierung und Referenzalter aufbauen. Lösungen, die das Gleichgewicht zwischen obligatorischer und freiwilliger Vorsorge halten.
- Die vor Volksabstimmungen nötige und ehrliche Auslegeordnung der Fakten kann helfen, dass das Verständnis für die Angleichung des Rentenalters und die Anpassung des Umwandlungssatzes an die demographische Realität in der Öffentlichkeit weiter zunimmt. Das sind die zentralen Anliegen unseres Verbandes. Sie müssen Bestandteil der Reform sein.

Soviel zu unseren Kernanliegen: Werfen wir noch einen kurzen Blick in Zukunft: Zurzeit sind gegen 30 Volksinitiativen hängig. Sie sind entweder im Sammelstadium oder befinden sich zur Beratung beim Bundesrat oder im Parlament [www.bk.admin.ch, Stand 20.5.19].

Zu diesen letzteren gehört auch die **Unternehmensverantwortungsinitiative**. Sie verlangt, dass die Schweizer Wirtschaft und ihre Ableger im Ausland mit gesetzlichen Massnahmen inklusive Sorgfaltsprüfung und Schadenersatzpflicht zur «Stärkung der Respektierung der ... international anerkannten Menschenrechte sowie der internationalen Umweltstandards...» verpflichtet werden.

Der Bundesrat empfiehlt die Initiative zur Ablehnung. Menschenrechte und Umwelt sind seiner Meinung nach in der Verfassung bereits geschützt. Ein spezialgesetzliches Korsett für die Wirtschaft erübrigt sich. Zudem anerkennt der Bundesrat ausdrücklich «... das bereits heute bestehende freiwillige Engagement der Wirtschaft in diesen Bereichen.»

[*Botschaft vom 15.9.2017*]

Dem ist nichts hinzuzufügen. Freiwilligkeit ist nachhaltiger als Zwang. Es ist auch ohne staatliches Zutun klar, dass die Verletzung von Menschenrechten und die Schädigung der Umwelt keine Geschäftsgrundlagen sind. Die Versicherungswirtschaft hat die Zeichen der Zeit schon früh erkannt: Es liegt in unserem ureigenen Interesse, wenn wir unsere Verantwortung in den Bereichen Umwelt, Soziales und Unternehmensführung wahrnehmen und laufend weiterentwickeln. Stichworte sind nachhaltiges Investieren, Prävention und Schadenminderung – und natürlich auch der Milizgedanke. Er vertieft und veredelt die Anstrengungen.

SCHLUSSWORT

Damit schliesst sich der Kreis.

- Das Milizsystem ist ein Erfolgsfaktor. Es hält Bürger und Staat zusammen und fördert das gegenseitige Verständnis und Vertrauen von Gesellschaft, Politik und Wirtschaft. Wir müssen es leben und pflegen. Auch in der Wirtschaft.
- Zu den Erfolgsfaktoren unseres Landes gehören freiheitliche Rahmenbedingungen und massvolle Regulierung. Sie sind die Basis für Innovation, Selbstverantwortung, Freiwilligkeit und damit für den wirtschaftlichen Erfolg. Ihn braucht das Land, wenn es im Wettbewerb der Nationen weiter bestehen will.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.